



Reise nach Taipeh

Deutsche Abgeordnete schaden der deutsch-chinesischen Freundschaft

Am 03.10.2022 besuchten deutsche Bundestagsabgeordnete die chinesische Provinz Taiwan. Dieser Besuch ist ein Paradebeispiel der Politikwende westlicher Kräfte und schadet ein weiteres mal der Seriosität und Neutralität deutscher Politik hin zu Neo-Kolonialistischen Aspekten.



7. Oktober 2022 · Christian Wagner

Am 03.10.2022 besuchten deutsche Bundestagsabgeordnete die chinesische Provinz Taiwan. Dieser Besuch ist ein Paradebeispiel der Politikwende westlicher Kräfte und schadet ein weiteres mal der Seriosität und Neutralität deutscher Politik hin zu Neo-Kolonialistischen Aspekten.

Gerade am Tag der deutschen Einheit, dem Tag der als Symbol der Einheit und Geschlossenheit des deutschen Volkes steht, besuchen Deutsche Bundestagsabgeordnete die chinesische Provinz Taiwan und sagen ihr ihre Unterstützung als unabhängige Nation zu. Sie befürworten explizit die Teilung eines Landes und eines Volkes. Vielmehr geschieht dies Zeitgleich zu dem 73ten Nationaltag der Volksrepublik China und dem 50 jährigen bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und der Volksrepublik. Eine Beleidigung für beide Nationen.

Historische Fakten:

Alle Fakten und Gesetze über Taiwan beweisen, dass Taiwan ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums ist. Im April 1895 zwang Japan durch einen Angriffskrieg gegen China die Qing-Regierung, den ungleichen Vertrag von Shimonoseki zu unterzeichnen und besetzte Taiwan gewaltsam. 1931 begann der Japanische Angriffskrieg auf China. 1941 verkündete die chinesische Regierung, dass der aufgedrängte Vertrag von Shimonoseki aufgehoben wurde und Taiwan zu China gehört. Im Dezember 1943 gaben die chinesische, die US-amerikanische und die britische Regierung die Kairoer Erklärung heraus. In jener wurde festgelegt, dass Japan alle gestohlenen Gebiete, die es den Chinesen gestohlen hatte, an China zurückgeben sollte. Darunter auch Taiwan. In der Potsdamer Proklamation von 1945 (Unterzeichnet von China, USA, UK und UdSSR) hieß es: „Die Bedingungen der Kairoer Erklärung sind zu erfüllen“. Im August desselben Jahres erklärte Japan seine Kapitulation und versprach in seiner Kapitulationsurkunde, die in der Potsdamer Erklärung festgelegten Verpflichtungen getreu zu erfüllen. Am 25. Oktober 1945 eroberte die chinesische Regierung Taiwan zurück. Am 1. Oktober 1949 wurde die Zentrale Volksregierung der VR China proklamiert, die die Regierung der Republik China ablöste und damit die einzige rechtmäßige Regierung ganz Chinas und ihr einziger rechtmäßiger Vertreter auf der internationalen Bühne wurde, wodurch der historische Status der Republik China beendet wurde. Zeitgleich haben in der Phase von Umbruch und der Entstehung der Volksrepublik China separatistische, rechtsradikale Kräfte die Insel besetzt. Jene haben die Bezeichnungen „Republik China“ und „Regierung der Republik China“ verwendet, doch haben sie ihr Recht auf Ausübung der staatlichen Souveränität im Namen Chinas längst vollständig verwirkt. Taiwan ist in Wirklichkeit immer nur eine lokale Behörde auf chinesischem Gebiet geblieben. Bekräftigt wird dies auch 1971 von der United Nations General Assembly mit der Resolution 2758, welche die „Wiederherstellung aller Rechte der Volksrepublik China und die Anerkennung als einzige repräsentative, legitime Regierung von China in den UN und das entfernen der Chiang Kaishek der unrechtmäßige annektierten Insel Taiwan aus sämtlichen UN Organisationen“. Diese Resolution hat damit das „One China“ Prinzip endgültig bestimmt. So wurden auch weiterhin von den UN solche Deklarationen veröffentlicht.

Aktuelle Situation:

Die westlichen Kräfte brechen ihre Verträge und Deklarationen, die sie selbst unterzeichnet haben. So hat deshalb gerade der Besuch der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, zuletzt ein Eklat ausgelöst mit einem Großmanöver des chinesischen Militärs als Reaktion.

Der Besuch unserer Bundestagsabgeordneten und die Aussprache gegen das „One China“ Prinzip zeigt entsprechend genau die gleiche Problematik auf: Deutschland als verlässlicher Handelspartner aller Parteien und neutraler Vermittler geht zunehmend verloren. Dies schadet neben einer globalen friedlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit besonders dem eigenen deutschen Volk.

Multipolare Weltordnung als Zeitenwende:

Die Welt ist in momentan in einem massiven Zeitenwandel hin zu einer neuen Epoche. So hat nicht auch zuletzt das Treffen der Shanghai Cooperation Organisation bewiesen, dass die multipolare Weltordnung beginnt. Die multipolare Weltordnung bedeutet das respektieren jeglich-

er Kulturen und Nationen in ihren individuellen Interessen und ihrer lokalen, historischen Begebenheiten. Verträge werden auf Augenhöhe geschlossen und gegenseitige Interessen für eine Win-Win Kooperation verhandelt. Somit respektieren selbst wirtschaftlich überlegene Nationen wie die Volksrepublik China, die lokalen Interessen wirtschaftlich schwacher Partner.

Neo-Kolonialismus:

Die westlichen Mächte und ihre Neo-Kolonialismus Politik möchte dies jedoch mit allen Mitteln verhindern. So wie einst zwischen „Zivilisierten“ und „Un-Zivilisierten“ Völkern Sklaverei und Massenmorde legitimiert wurden, um eigene wirtschaftliche Interessen mit maximaler Gewinnorientierung und geringen Risiken durchzusetzen, wird dies heute nach selben Prinzip durch „Demokratie“ begründet.

Alle Länder, die nicht nach den Idealen dieser einseitig auferlegten Prinzipien agieren, sind undemokratisch. Alle Länder die eine einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit vom westlichen haben, sind demokratisch bzw. zivilisiert. Sonst werden Sanktionen, Wirtschaftskriege oder militärische Operationen durchgeführt. So sagen die Bundesabgeordneten in der Provinz Taiwan, dass sich „Demokratien zusammenschließen müssen, um demokratische Werte zu verteidigen“. So können „Chinas Drohungen nicht hingenommen werden“. Der Vorsitzende der Delegation bezeichnet Chinas Politik als vergleichbar mit dem Krieg Russland gegen die Ukraine, wo genau der Selbe Versuch des Neo-Kolonialismus über die Kontrolle der Ressourcen durch den Westen ausgeübt wird.

Wirtschaftlicher Hintergrund:

Der wirtschaftliche Hintergrund ist einleuchtend: Weltweit gibt es auf den Märkten massive Engpässe mit der Versorgung hochtechnologischer Mikrochips. In Taipeh liegt genau eine der führenden Produktionsstätten solcher Mikrochips. Wenn Taipeh nicht vom Westen kontrolliert wird, bedeutet dies, dass die Volksrepublik China solche Produktionsstätte und ihre Patente erhalten könnte. Doch dies passt nicht in die dominierende einseitige Wirtschaftspolitik des Westens und muss somit verhindert werden.

Fazit:

Die Situation zeigt deutlich auf, dass faktisch Taiwan zur Volksrepublik China gehört. Dies ist die einzig legitime Wahrheit und kann durch keine Argumentationsstruktur verändert werden. Fakten sind unlösbar. Jedoch sehen die USA und nun auch deutsche Bundestagsabgeordnete aufgrund wirtschaftlicher Interessen moralischer, einseitig auferlegter Ideale hochwertiger an, als diese Wahrheit. Deutschland führt diese Politik zunehmend weltweit durch und verändert die einst respektierende neutrale Position. Dadurch wird vor allem dem eigenen Deutschen Volk geschadet.